HURZLMEIERMALEREI

HURZLMEIER-RUDI.DE

Schuhbidubiduh ...

Irrlicht Sarrazin

Es brennt auf dem Wachs der SPD besonders lukrativ. Ihn einfach weitermachen zu lassen wäre kein Akt der Großzügigkeit, sondern der Liederlichkeit

VON HERIBERT PRANTL

Er sprach sich gegen die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals aus. Er warnte vor falschem Toleranzdenken und vor christlich-muslimischer Verbrüderung. Schließlich gab er Kanzlerin Angela Merkel gar eine Mitschuld an der Ermordung von Walter Lübcke, dem Kasseler Regierungspräsidenten: Wenn es den von Merkel zu verantwortenden „Massenzustrom an Migranten nicht gegeben hätte, würde", so sagte er, „Lübcke noch leben". Lübcke war von einem Neonazi erschossen worden. Merkels Politik, so der Politiker, sei ein „notwendiges Glied in der Ursachenkette, die zum Tod von Lübcke" geführt habe. Als der Mann diesen bösartigen Angriff gegen Merkel formulierte, war er freilich schon nicht mehr Mitglied seiner alten Partei, sondern Abgeordneter der AfD, in der die Täter-Opfer-Umkehr eine Heimat hat.

Die Rede ist nicht von Thilo Sarrazin und der SPD, sondern von Martin Hohmann und der CDU. Hohmann war dort seit 1980 Mitglied, seit 1998 auch Bundestagsabgeordneter. Auf Betreiben von Angela Merkel wurde er seiner braunen Thesen wegen 2003 aus der Fraktion, dann 2004 auch aus der Partei ausgeschlossen. Das ging ziemlich rasch – obwohl oder gerade weil Parteiausschlüsse in der CDU, anders als in der SPD, eine große Ausnahme sind. Die CDU hat damit wenig Erfahrung. Merkel hat sich damals nicht davon irritieren lassen, dass es in der Fraktion unerwartet viele Stimmen gegen den Ausschluss gab – 43 nämlich. Sie hat es durchgestanden. Es war ihre erste Bewährungsprobe als Fraktionschefin.

Bei der SPD dauert die Ausschlussverfahrerei gegen Sarrazin nun schon zehn Jahre. Im dritten Anlauf scheint der Ausschluss nun endlich zu klappen: Die Schiedskommission der SPD auf Kreisebene hat gegen ihn entschieden. Die Schiedskommission auf Ebene des Landes Berlin hat vor Kurzem gegen ihn entschieden. Die Schiedskommission auf Bundesebene wird auch gegen ihn entscheiden. Und die Justiz samt Bundesverfassungsgericht, die Sarrazin dann anrufen will, wird gleichfalls gegen ihn urteilen – so wie sie seinerzeit auch gegen Hohmann geurteilt hat.

Warum? Politische Parteien sind Gesinnungsvereine. Sie sind nicht die Stadtwerke. Und eine Parteimitgliedschaft ist etwas anderes als ein Wasser- oder ein Stromanschluss. Eine Partei hat nicht die Pflicht, Anschluss zu gewähren. Deshalb haben Ausschlüsse bei staatlichen Gerichten regelmäßig Bestand. Es ist nicht die Aufgabe von Gerichten zu entscheiden, welche Gesinnung zu welcher Partei passt. Im Parteiengesetz steht, dass ein Mitglied ausgeschlossen werden darf, wenn es der Partei „schweren Schaden" zufügt. Aber es ist Ansichtssache, was so ein Schaden ist – das ist kaum paragrafisierbar. Parteimitglieder, denen Ausschluss droht, verweisen auf die Meinungsfreiheit und darauf, dass sie innerhalb der Partei für ihre Meinung werben wollen. Die Partei antwortet dann, dass sie nicht dafür da sei, jede Meinung zu vertreten und jede Meinung diskutieren zu lassen; und: Man müsse ja nicht Mitglied sein; man könne, wenn einem die Politik nicht passe, ohne schädliche Folgen austreten. Ohne schädliche Folgen? Bei Sarrazin ist das anders: Er verkauft seine Bücher nicht zuletzt deswegen so gut, weil er SPD-Mitglied ist. Sein Irrlicht brennt auf dem Wachs der SPD besonders hell und lukrativ.

Meist wurden bei den Sozialdemokraten nicht Rechte, sondern Linke verbannt

Wer im Zeitungsarchiv die Geschichte der SPD-Parteiausschlüsse recherchiert, kommt mit einer dicken Mappe aus dem Keller; bei den anderen Parteien ist es nur ein dünnes Mäppchen. Das liegt nicht einfach daran, dass die anderen Parteien längst nicht so alt sind wie die SPD. Das liegt an einem besonderen Selbstverständnis der SPD, das liegt daran, dass das Ringen um die politischen Glaubenslinien zum Charakter der Partei gehört. Ein Mittel dieses Ringens war und ist das Parteiordnungsverfahren, dessen schärfste Sanktion der Parteiausschluss ist. Deswegen ist er in den Statuten der SPD so sorgfältig geregelt. In anderen Parteien interessiert man sich weniger dafür, was die Mitglieder so denken und tun; in der SPD war das stets anders: Sie arbeitete sich an sich und an ihren Widersprüchen ab. Auch wenn das Verfahren nicht zum Ausschluss, sondern nur zu einer Rüge führte, war es Teil der Streitkultur. Das Verfahren gegen Sarrazin hat also Tradition.

Vergnüglich waren SPD-Programmdebatten nie: Vor hundert Jahren nicht, weil die Debattierer viel Theoretisches gelesen, aber nicht immer verdaut hatten. Heute sind Programmdebatten unvergnüglich, weil die Debattierer wenig gelesen haben, oft nicht einmal das gültige Programm. Erhard Eppler, der verstorbene SPD-Denker, hat das so beschrieben.

Sarrazin ist bei Weitem nicht das prominenteste Subjekt eines Ausschlussverfahren. Vor mehr als hundert Jahren hat die SPD sogar ihren Partei- und Fraktionschef Hugo Haase hinausgeworfen. Der hatte mit fast der halben SPD-Fraktion im Reichstag die Kredite für den Weltkrieg nicht mehr genehmigt und so den sogenannten Burgfrieden mit Kaiser Wilhelm gestört. Haase gründete die USPD. Diese wuchs schnell, genährt von ungeheuerer Sympathie an der SPD-Basis. 1920 hatte die USPD 900 000 Mitglieder.

Es waren fast immer Linke, die aus der SPD verbannt wurden. Sie wurden verbannt, weil sie den Weg der Partei in die Mitte störten. Zumal in den Sechziger- und Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts betrieb der damalige Parteizuchtmeister Herbert Wehner Ausschlussverfahren, um die Abgrenzung der SPD zu Linksaußen plakativ zu demonstrieren. Der Politikprofessor Wolfgang Abendroth wurde aus der SPD entfernt, die Kabarettisten Wolfgang Neuss und Dietrich Kittner, der spätere Grünen-Politiker Christian Ströbele, der Sänger Franz-Josef Degenhardt, ebenso Gegner der Nachrüstungspolitik Kanzler Schmidts.

Damals warb Pfarrer Heinrich Albertz, hoch angesehener früherer Berliner SPD-Bürgermeister, vergeblich für mehr Gelassenheit und Großzügigkeit. Aus Protest dagegen, dass schon Kritik an der US-Kriegsführung in Vietnam parteidisziplinarisch geahndet wurde, gab er sein Amt im SPD-Schiedsgericht zurück. Heute würde er es zurückgeben, wenn die SPD einen wie Sarrazin einfach weitermachen ließe. Das wäre nicht Ausdruck von Gelassenheit, sondern von politischer Liederlichkeit.

Heribert Prantl ist Kolumnist und Autor der Süddeutschen Zeitung.

Mehr Mut

Die Sozialdemokratie muss eindeutige Antworten auf kritische Effekte der Zuwanderung finden – nur so kann es eine linke Mehrheit in Deutschland geben

VON MICHAEL BRÖNING

Maßgeblich für große Literatur, sagte Ernest Hemingway einmal, sei nicht nur das, was beschrieben, sondern auch das, was ausgeblendet werde. In einer gelungenen Erzählung rage wie bei einem Eisberg nur ein Achtel aus dem Wasser – der Rest bleibe unter der Oberfläche. Auf große Politik lässt sich Hemingways Diktum nicht anwenden, im Gegenteil: Es wird als politische Schwäche ausgelegt, wenn Entscheidendes ungesagt bleibt. Das wird deutlich am Beispiel der Sozialdemokratie und ihrer Haltung in der Migrationspolitik.

Die SPD braucht „klare Kante", um Stammwähler von den Populisten zurückzuholen

An der Wahlurne, das zeigt die Meinungsforschung, bleiben Einwanderung und Integration entscheidend. Das gilt selbst in Zeiten, in denen die „Flüchtlingskrise" phasenweise aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Anlassbezogen, häufig nach Verbrechen von Migranten, dominiert das Thema dann doch immer wieder die öffentliche Diskussion. Migrationsfragen aber treffen gerade im linken Spektrum bislang weder auf überzeugende Antworten noch auf eine umfassende Debatte. Die Befürchtung: Eine offene Auseinandersetzung würde die Partei zerreißen. So bleibt das Thema etwa im neuen Sozialstaatskonzept der Sozialdemokraten ausgespart. Im Parteitagsbeschluss zur Außen- und Sicherheitspolitik wird es fast ausschließlich als Seenotrettung und europäische Verteilungsfrage betrachtet. Sicher sind das wichtige Aspekte, doch Seenotrettung ist noch kein kohärentes Migrationskonzept in Zeiten globaler Wanderungsbewegungen.

In ökonomischen Fragen findet die Sozialdemokratie derzeit neuen Mut zur Klarheit. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass es eben nicht nur ökonomische, sondern auch eher kulturelle Fragen von Einwanderung und Zugehörigkeit sind, die dazu geführt haben, dass Stammwähler sich von der SPD abgewendet haben. Nach Meinung vieler Wähler – das zeigt die Meinungsforschung – sind gerade Sozialdemokratien einer ehrlichen Bestandsaufnahme kritischer Effekte der Zuwanderung, etwa durch Konkurrenz im Niedriglohnsektor oder auf dem Wohnungsmarkt, ausgewichen. Ebenso fehlt eine klare Antwort auf die Frage, an welcher Stelle von Zuwanderern Anpassungsleistungen an die Mehrheitsgesellschaft durchaus erwartet werden können und müssen.

Wahlergebnisse in Europa zeigen ein ums andere Mal, dass sich die Zukunft der Sozialdemokratie an einer so gerechten wie mehrheitsfähigen Migrationspolitik mindestens ebenso entscheidet wie an der Zukunft des Sozialstaats – zumal beides miteinander verknüpft ist. Der jetzt beschworene Aufbruch der SPD muss deshalb nicht nur die „neoliberale Pampa" hinter sich lassen, sondern auch die Sprachlosigkeit in Sachen Migration. Die so oft beschworene „klare Kante" wird hier benötigt. Wenn sich Sozialdemokraten dazu nicht durchringen können, werden andere nicht zögern, weit härtere Antworten zu formulieren.

Ein Ausbruch aus der von der Meinungsforschung gut dokumentierten Schweigespirale in Sachen Migration ist für die SPD auch strategisch ratsam: Eine linke Mehrheit entsteht nicht durch das Wildern im eigenen Lager. Die Sozialdemokratie wird nur wiedererstarken, wenn sie Bürger zurückgewinnt, die zu den Populisten oder den Nichtwählern abgewandert sind. Hierfür braucht es nicht nur eine Wiederentdeckung des ökonomisch starken Staates, sondern auch eine Hinwendung zu Themen, die den Menschen in Sachen Migration und Integration unter den Nägeln brennen.

In seiner Bewerbungsrede als Parteichef warnte Norbert Walter-Borjans nicht nur vor Demokratiefeinden von rechts, sondern auch vor Islamisten, die die Grundwerte unseres Zusammenlebens gefährden. Für diese so nüchtern wie bestimmt vorgetragene Haltung gab es spontanen Applaus. Diesen Realismus sollten Sozialdemokraten parallel zur ökonomischen Zäsur an den Tag legen, wenn sie eine die Milieus übergreifende Volkspartei bleiben wollen.

Anders als rechte Vereinfacher sind gerade Sozialdemokraten mit ihrem doppelten Bekenntnis zu Sozialstaat und internationalistischer Überzeugung in der Lage, eine moralisch und politisch belastbare Position zu formulieren. Erforderlich sind Wahrhaftigkeit in der Analyse, Ruhe in der Debatte und Klarheit in der Sprache.

Michael Bröning ist Politikwissenschaftler und SPD-Mitglied. Er leitet das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

MEINE PRESSESCHAU

Von Ignoranten und Vasallen

Ablehnung und Trotz seien oft Charakterzüge der palästinensischen Nationalbewegung, findet der Autor der vom saudischen Staat finanzierten Zeitung *Al-Sharq al-Awsat*. Warum habe man nicht den Dialog mit US-Präsident Donald Trump gesucht? So hätte man Einfluss auf dessen Nahostplan nehmen können. Nun sei es an der Zeit, dass die Palästinenser ihren nächsten Schritt mit Bedacht wählten. Die jordanische Zeitung *al-Ghad* zeigte hingegen Verständnis für die ablehnende Haltung der Palästinenser. Die Trump-Regierung habe

الأهرام

vergeblich versucht, Druck auf die Autonomiebehörde auszuüben. „Die vollständige palästinensische Ablehnung des Jahrhundertdeals bedeutet, dass es keinen Partner gibt, um den Deal zu vollenden." Damit seien alle Maßnahmen, die Israel in den nächsten Wochen ergreifen werde, illegal, resümiert *al-Ghad*. In der katarischen Zeitung *al-Sharq* kritisiert die Autorin Ibtisam al-Saad die mangelnde Solidarität mit den Palästinensern. Die arabischen Staaten ließen viel zu viel mit sich machen, dabei handle es sich um Jerusalem, eine heilige Stadt, die auch Muslimen zustehe. „Palästina ist ein Land und kein Va-

الشرق الأوسط

sallenstaat!", schreibt die Autorin. In der ägyptischen Zeitung *al-Ahram* wird das US-amerikanische Vorgehen ebenfalls kritisiert. Washington nutze den „fragilen Zustand in der Region aus, um Israels Interessen zu dienen". Dies offenbare eine „extreme Ignoranz und Arroganz gegenüber Menschen in der Region". Trumps Vorstoß ignoriere die Tatsache, dass historisches Recht keine Verjährungsfrist habe. Der Deal werde die Wut der arabischen Massen verschärfen, prophezeit die Zeitung. Denn die seien der Meinung, dass die „palästinensische Sache" oberste Priorität bei den Arabern haben sollte.

Dunja Ramadan ist Redakteurin im Ressort Außenpolitik.